

P2 Wirtschaft im Wandel der Zeit

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	14.10.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt
Status:	Modifiziert

1 Wir leben nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in einer Zeit des
2 Umbruchs. Die Industrialisierung prägte eine Zeit, in der immer mehr Menschen in
3 großen Unternehmen arbeiteten und die Schwerindustrie und der Montankomplex die
4 Grundlage der Volkswirtschaft bildeten. Diese Wirtschaft ist zum Teil mit der
5 Umwelt und ihren Mitarbeitenden unverantwortlich umgegangen. Politische
6 Rahmenbedingungen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommen müssen dafür
7 sorgen, diese jetzt schon schwindenden Industrien weiter zu reduzieren oder
8 umwelt- und menschenfreundlich umzugestalten.

Neuerungen der Wirtschaft ermöglichen

9
10 In der öffentlichen Diskussion wird oftmals auch von dem schwammigen Begriff des
11 Mittelstands gesprochen. Oftmals verstecken sich hinter diesem sympatisch
12 wirkenden Begriff, der Unternehmen als familiär und nett darstellen soll, aber
13 riesige Unternehmen mit einer gewaltigen Finanzkraft. Viele Unternehmen haben
14 bereits erkannt, dass ein ökologisches Wirtschaften zukunftsorientiert ist, aber
15 für einige sind Änderungen der politischen Rahmenbedingung notwendig, um diese
16 zu ökologischem Wirtschaften zu bringen.

17 Wir brauchen mehr *schöpferische Zerstörungen* im Sinne von Joseph Schumpeter für
18 unser Wirtschaftssystem. Das bedeutet, dass durch neue Technologien, Ideen und
19 Dienstleistungen das bisherige Wirtschaftsgleichgewicht "zerstört" wird und mit
20 den neuen Technologien, Ideen und Dienstleistungen neu gebildet werden kann.

21 Große Unternehmen wie Eon und Thyssen-Krupp wandeln sich kaum von selbst und
22 behindern durch ihre Dominanz im Wirtschaftsmarkt eine *schöpferische Zerstörung*
23 im grünen Sinne. Kleinere Unternehmen sind flexibler. Die Zukunft einer
24 Wirtschaft in Zeiten des Wandels liegen in einer Kleinteiligkeit. Wir begrüßen
25 daher auch die angedachte Aufspaltung von Thyssen.

26 Außerdem haben riesige Unternehmen eine gewaltige Macht auf Politik, die wir mit
27 großer Kritik sehen. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der

28 Landesregierung und der Bezirksregierung. Diese Verflechtung wollen wir beenden.
29 Wir setzen uns daher für eine Unvereinbarkeitsklausel von Aufsichtsratsposten
30 u.a bei RWE und anderen dominierenden Unternehmen und Mandaten, sowie Ämtern in
31 Land und Kommunen ein. Wir fordern die Kommunen auf, diese Marktmacht nicht
32 länger zu stützen und Aktien von RWE abzustoßen.

33 Wir sehen: Es braucht einen Wandel der Wirtschaft hin zu einer Kleinteiligkeit
34 und Umweltfreundlichkeit. In der Digitalisierung sehen wir keinen romantischen
35 Selbstzweck, sondern eine Chance diesen Wandel möglich zu machen.

36 Wir wollen stärker Mini-Unternehmen fördern, indem wir beispielsweise andere,
37 niedrigrige bürokratische Anforderungen an diese setzten. Die Kreativwirtschaft
38 stellt für uns eine Wirtschaftsparte dar, die durch ihre Kombination aus
39 Produktion und Konzeption kreative Impulse an das Gesamtwirtschaftssystem geben.
40 Diese wollen wir stärker unterstützen.

41 Durch eine verstärkte Veröffentlichung von Daten aus der Verwaltung (open-Data)
42 wollen wir Start-Ups die Möglichkeit geben, sich zu gründen und beispielsweise
43 Verkehrsführung effizienter zu gestalten.

44 Das Gesundheits- und Sozialsystem ist auf große Unternehmen angelegt. In der
45 Struktur von Renten- und Sozialkasse ist auf eine durchgängige Erwerbsbiografie
46 angelegt. In Zeiten von kleinteiliger und mehr auf Kreativität (und folglich
47 Kreativitätspausen) angelegten Wirtschaft müssen wir diese Prämissen für ein
48 funktionierendes Sozialsystem überwinden. Erst dann werden mehr Menschen den
49 Sprung wagen, ein kleines eigenes Unternehmen zu gründen.

50 **Bestehende Unternehmen auf den grünen Weg begleiten**

51 Die kapitalistisch-organisierte Wirtschaft ist dabei oftmals im eigenen
52 Korsett der Gewinnmaximierung gefangen. Während besonders Aktienunternehmen
53 darauf angelegt sind, möglichst schnell gute Zahlen zu liefern und sich damit
54 von Quartalszahlen zu Quartalszahlen hangeln, sind langfristige Umbaumaßnahmen
55 des Unternehmens nicht möglich ohne diesem kurzfristig zu schaden, da die
56 momentane Gewinnmaximierung momentan höher bewertet wird als die nachhaltige
57 Entwicklung von Unternehmen und Gesellschaft. Den Umbau des Mittelstandes der
58 Wirtschaft zu gestalten bedeutet also auch, in der Gesellschaft für eine
59 Akzeptanz des Umbaus zu werben. Große Gewinne und ein zeitgleicher grundlegender
60 Umbau der Wirtschaft fallen in einem noch auf nicht-nachhaltiges Wirtschaften
61 setzenden Kapitalismus noch selten zusammen. Den wirtschaftlichen Umbau auf eine
62 smartesoziale und ökologische Geschäftspolitik wollen wir stärker fordern. Wir
63 fordern ein staatliches Programm, dass den Umbauprozess besonders von kleinen
64 Unternehmen fördert und den Unternehmen ermöglicht, ein Stück weit aus diesem
65 Korsett zu entfliehen.

66 **Falsche Anreize beenden und Lobbyismus bekämpfen!**

67 Oftmals werden aber den Unternehmen auch staatlich die falschen Anreize gesetzt.
68 Ein Umbau des Wirtschaftssystems kann daher nur durch eine Änderung der
69 Wirtschaftspolitik erfolgen.

70 Es gilt nach wie vor als Statussymbol, als Firma möglichst viele Dienstwagen zu
71 stellen. Je teurer das Auto, desto wichtiger die*der Angestellte. "Natürlich"
72 wird der Wagen alle zwei Jahre gewechselt. Seither fördert der Staat das
73 steuerlich durch das Dienstwagenprivileg. Das ist fatal. So werden
74 platzraubende, spritschluckende Autos immer weiter gefördert und ein riesiges
75 Überangebot produziert. Wir wollen die Privilegien anders steuern. Unternehmen
76 sollen diese Privilegien nur noch haben, wenn sie Carsharing für ihre
77 Mitarbeitenden anbieten und eine reine Elektroflotte vorweisen können. Immer
78 noch werden CO2-intensive Wirtschaftssparten intensiv gefördert. Wir setzen uns
79 für einen schnellen Ausstieg aus der Kohle-Subvention ein und wollen auch die
80 Diesel-Subventionen beenden. Die Zukunft liegt in einer Wirtschaft, die auf
81 erneuerbare Energien setzt.

82 Als gute Alternative zum Auto, fordern wir außerdem, dass Firmen und Unternehmen
83 den Berufsweg mit dem öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr fördern und hierbei
84 vom Staat unterstützt werden. Auch fordern wir, dass Netzkarten (ÖPNV) eine
85 ernsthafte Alternative zu Dienstwagen werden.

86 Ein Umbau der Wirtschaft bedarf Mut und politische Entscheidungen. Zu oft werden
87 diese durch einen Einfluss der Unternehmen auf die Politik verhindert.
88 Lobbyismus und Parteispenden prägen nach wie vor das politische Handeln von
89 manchen Parteien. Wir setzen uns daher für ein transparentes Lobbyregister und
90 eine Begrenzung von Lobbyismus ein. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit der
91 Parteispenden auf natürliche Personen begrenzen.